Die Bourbakis kommen!

Im Februar 1871 droht der Schweiz eine humanitäre Katastrophe: Zehntausende französische Soldaten fliehen über die Grenze und müssen versorgt werden. Der Bundesrat zaudert – doch der Bevölkerung gelingt ein Meisterstück der Solidarität.

ROBIN SCHWARZENBACH, LUZERN

Der Himmel an diesem Wintermorgen ist düster, tief verschneit liegt das weite Tal vor Les Verrières, dem Grenzort im Kanton Neuenburg. Am Horizont im Westen ist ein rötlicher Schimmer zu erkennen. Ein Feuer? Pontarlier, der nächstgrössere Ort in Frankreich, liegt offenbar unter Beschuss. Dumpfer Kanonendonner ist zu hören, immer wieder. Es ist der 1. Februar 1871, der Deutsch-Französische Krieg ist bedrohlich nah. Im Vordergrund schleppen sich geschlagene Soldaten ins Bild. Es sind Hunderte, nein, Tausende. Zu Fuss, zu Pferde, auf klapprigen Wagen. In einem endlosen Zug überschreiten sie die Schweizer Grenze, wo sie von hiesigen Truppen sogleich entwaffnet werden. 34 000 Mann in drei Tagen.

Sie gehören zur französischen Ostarmee, den Bourbakis, benannt nach deren glücklosem Anführer Charles Denis Bourbaki, der, verzweifelt wegen der Übermacht der Deutschen auf dem Schlachtfeld, kurz zuvor versucht hat, sich eine Kugel durch den Kopf zu jagen. Er überlebt nur leicht verletzt und wird abgesetzt. Das Schicksal seiner Truppen ist dennoch besiegelt. Eingekesselt von drei Seiten, bleibt den Franzosen nur noch ein Ausweg: Zuflucht in der neutralen Schweiz zu suchen.

Kartonsohlen im Schnee

Dem Betrachter des eindrücklichen Rundgemäldes des Genfer Malers Edouard Castres (1838–1902) im Bourbaki-Panorama in Luzern präsentiert sich ein Bild des Elends. Linker Hand ziehen gebrochene Gestalten vorbei. In zerlumpten Uniformen und Schuhen, deren Kartonsohlen sich auf den langen Märschen längst aufgelöst haben. Viele Soldaten stapfen nur mehr mit blossen Stoffbändern an den Füssen durch den Schnee. Einer erhält von einem Priester die letzte Ölung, daneben liegt ein totes Pferd. Eine Gruppe Zivilisten versucht sich an einem Feuer zu wärmen. Ihren Hausrat haben sie auf einem Schlitten mitgebracht: Es sind Flüchtlinge aus dem Kampfgebiet, ein trostloser Anblick. Nebelschwaden und viel Grau akzentuieren die eisige Stimmung.

Doch auf der gegenüberliegenden Seite des Gemäldes – über den Häusern von Les Verrières, auf Schweizer Boden, in Sicherheit – gibt es Hoffnung. Blauer Himmel ist zu sehen, die Sonne spiegelt sich in hellen Wolken. Vor dem Ortseingang liegen Dutzende Feuerstellen. Die erschöpften Bourbakis können sich hinsetzen und rasten, endlich! Aus dem Dorf kommen ihnen Bäuerinnen entgegen, um sie mit Essen zu versorgen. Eine Frau verbindet einem Franzosen die durchgefrorenen Füsse. Am Kirchturm im Hintergrund weht die Fahne des Roten Kreuzes.

Castres wusste, wie man verdichtet, überzeichnet und trotzdem realistisch bleibt auf der Leinwand. Er hat ein Zeitdokument geschaffen, trotz einigen künstlerischen Freiheiten. «Das Wetter war beidseits der Grenze natürlich gleich schlecht», erläutert Patrick Deicher, der frühere Kurator und heutige Stiftungsrat bei der Besichtigung des Panoramas, die das Museum trotz Lockdown ermöglicht hat für diesen Text. Der Maler war beim Übertritt der Bourbakis selber dabei, als Freiwilliger des Roten Kreuzes. (Er hat sich neben einem Sanitätswagen verewigt.) Der nüchterne Grundcharakter des Gemäldes und die Wiedergabe vieler Details zeugen von dieser Erfahrung.

«L'Entrée de l'armée française aux Verrières» zeigt ein Schlüsselereignis der Schweizer Geschichte des 19. Jahrhunderts. Die Leinwand ist 112 Meter lang und 9 Meter hoch. Auf über 1000 Quadratmetern kommt hier zur Sprache, was unser Land über Generationen geprägt hat: Krieg, bewaffnete Neutralität, Humanität. Das traurige Spektakel vom Februar 1871 entfaltet eine unmittelbare Wirkung auf die damaligen Zeitgenossen. Lange vor dem Rundgemälde werden Einzelwerke angefertigt.

Das Brot wird knapp

Albert Anker malt noch im selben Jahr, wie drei französische Uniformierte in einem Stall von einer Bauernfamilie verpflegt werden. Die idealisierte, fast schon sakrale Szene mit dem sinnstiftenden Titel «Hospitalité Suisse» wird vervielfältigt und erreicht als Zeichnung ein viel breiteres Publikum als das Original, das zugleich im Museum in Neuenburg zu sehen ist. Über die «Illustrated London News», die Leipziger «Illustrirte Zeitung» und das Pariser Wochenblatt «L'Illustration» gelangen dramatische Darstellungen aus Les Verrières nach halb Europa.

Die Schweizer Tagespresse berichtet ebenfalls auf den Titelseiten über die Vorgänge in der Grenzregion. Wird das kleine Land die plötzliche Flüchtlingskrise bewältigen können? Der Korrespondent der NZZ schreibt am 7. Februar aus Couvet:

> *Seit drei Tagen bietet sich unsern Augen das schreckliche Schauspiel einer Armee in Deroute. Die Mannschaft, schwarz von Pulver und Schmutz, sieht kaum kräftiger aus als ihre Pferde. Die Bevölkerung der Dörfer im Val-de-Travers verrichtet Wunder der Hingebung und entblösst sich von Allem, um dieses Uebermass von Elend zu erleichtern. Aber ihre Hingebung findet ihre Grenze in den vorhandenen Mitteln, und diese Grenze ist erreicht. In mehr als einer Ortschaft wäre für 10 und 20 Fr. kein Stückchen Brod mehr zu erkaufen.*

Die Befürchtung, die Menschen im Juragebirge könnten mit ihrer spontanen Hilfeleistung schon bald überfordert sein, kommt nicht von ungefähr. Bei Sainte-Croix, Vallorbe und in der Nähe des Lac de Joux im Waadtland bringen sich weitere Teile der Ostarmee in Sicherheit. Insgesamt passieren 87 000 hungernde Franzosen die Grenze: Praktisch vom einen Tag auf den anderen muss die Schweiz 3 Prozent mehr Menschen ernähren als bisher.

Verteilt auf 188 Gemeinden

Der Bundesrat versucht zumindest, bereit zu sein. Die Warnungen der Armeespitze wegen der drohenden Kriegsgefahr hat die Regierung wochenlang in den Wind geschlagen. Von Pontarlier, dem letzten Rückzugsort der von den Deutschen bedrängten Bourbakis in Frankreich, bis Les Verrières sind es nur wenige Stunden zu Fuss. Die von General Hans Herzog zur Grenzsicherung verlangten Truppen wurden bis im letzten Moment zurückbehalten. Das würde die Eidgenossenschaft schliesslich ein Vermögen kosten! Doch jetzt, da keine Kampfhandlungen mehr, dafür aber ein massenhafter Übertritt französischer Soldaten zu erwarten ist, will man reagieren: Das Oberkriegskommissariat wird angewiesen, «heute noch soviel Brod baken zu lassen als möglich», wie es im Sitzungsprotokoll der Landesregierung vom 31. Januar heisst.

Konkreter wird es Stunden später, als der Schweizer Oberbefehlshaber mitten in der Nacht in Les Verrières mit einem französischen Unterhändler zusammenkommt und die Aufnahmebedingungen festgehalten werden. Die Bourbakis müssen Waffen und Munition abgeben, konfisziert werden auch 284 Kanonen. Und sie haben sich bereitzuhalten, denn in den kommenden Tagen werden die Soldaten und Offiziere auf 188 Dörfer und Städte in sämtlichen Kantonen verteilt zur Internierung. Einzige Ausnahme ist das schwer zugängliche Tessin.

Die Truppen werden untergebracht, wo gerade Platz ist. In Kasernen in Aussenquartieren, aber auch in Kirchen, Schulhäusern oder Bibliotheken. Für die Bevölkerung sind die Internierten auch eine Sensation: In vielen ländlichen Gemeinden haben die Menschen noch kaum einen Fremden gesehen, geschweige denn einen mit dunkler Hautfarbe: Für Frankreich kämpfen auch Turcos und Zuaven – Soldaten aus Nordafrika, die von der deutschen Kriegspropaganda durchweg als «Menschenfresser» bezeichnet werden. Im aargauischen Muri schwingt denn auch viel Skepsis mit, als Anfang Februar knapp 1000 «solcher Fremdlinge» ankommen im Dorf: «Knaben von nicht mehr als 16 Jahren und bärtige, sonnengebräunte Wüstensöhne». Der «Freie Ämtler» wünscht sich und seinen Lesern: «Möge denselben recht bald die Möglichkeit (gegeben) werden, wieder zu gehen, woher sie gekommen.»

Die anfängliche Zurückhaltung ist allerdings nur von kurzer Dauer. Schon bald dominieren Mitgefühl und Solidarität für die von Krieg, Kälte und Krankheit gezeichneten Soldaten. In den Zeitungen der Region werden Spendenaufrufe von Behörden, Geistlichen und Privaten publiziert, im «Freischütz» gar in Versform:

> *Unsere Brüder, die Franzosen,*
> *Kamen in zerriss'nen Hosen:*
> *Drum hurtig gebt ein Beinkleid her,*
> *Wenn es auch nicht so ganz neu mehr wär'!*

Im Nu kommen «Liebesgaben» aus dem ganzen Bezirk zusammen: Hosen, Unterhosen, Schärpen, Most, Wein und Seife. In der Nachbargemeinde Merenschwand werden die Mädchen vom Schulunterricht befreit, um Socken und Strümpfe für die Bourbakis zu stricken.

Die Hilfe funktioniert auch überregional: Das internationale Hilfskomitee in Basel lässt den Internierten in Muri unter anderem 427 Paar Schuhe und 1500 Päckchen Tabak zukommen. Als die Franzosen Mitte März die Heimreise antraten, sollen manche Tränen des Dankes geflossen sein. Der Krieg ist verloren, Frankreich ist besiegt. 15 Kameraden sind im Lazarett in Muri ihren Krankheiten erlegen, die meisten litten an Typhus. Sie aber haben überlebt. «Vive la Suisse!», sollen die munteren Soldaten beim Abschied gerufen haben. In anderen Städten und Gemeinden spielten sich ähnliche Szenen ab. Ein Internierter in Neuenburg schrieb in einem Brief an seine Schwester: «Es ist wirklich das Paradies der Kranken; was für ein Empfang, was für eine Fürsorge, die wir erhalten haben. Als Gefangener in Deutschland wäre ich schon längst gestorben.»

> Die internierten Franzosen sind auch eine Sensation: In vielen Dörfern haben die Menschen noch kaum einen Fremden gesehen.

Sofortige Abschiebung verlangt

Die Aufnahme der notleidenden Bourbakis im Winter 1871 ist eine enorme Leistung, die ohne die Hilfe der Bevölkerung nicht möglich gewesen wäre. Schon bald wird dieser selbstlose Einsatz zu einem Kern der nationalen Identität erhoben, zum Beispiel in dem erwähnten Gemälde von Albert Anker. Das Bild einer humanitären Schweiz wird bereits gepflegt, als von einer solchen Tradition des jungen Bundesstaats noch keine Rede sein kann: Die Politik des Bundesrats in diesen Wochen vermittelt einen ganz anderen Eindruck.

Bereits am 2. Februar – der Übertritt der Ostarmee ist noch in vollem Gange – wird der Schweizer Gesandte in Paris angewiesen, Verhandlungen über eine «angemessene Abschiebung» der französischen Truppen aufzunehmen. Man will die Bourbakis loswerden, und zwar so schnell wie möglich – noch bevor die Kriegsparteien einen umfassenden Waffenstillstand geschlossen haben. Der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck will von dem Ansinnen der Eidgenossenschaft denn auch nichts wissen. Schliesslich, so teilt er dem Schweizer Vertreter in einer Audienz in Versailles mit, könnten die Bourbaki-Truppen den Kampf wieder aufnehmen, sobald sie sich wieder in Frankreich befänden.

Wenig Nächstenliebe ist auch beim nächtlichen Poker zwischen General Herzog und der französischen Seite über die Bedingungen des Grenzübertritts zu spüren. Die Pferde der Bourbakis hätte Herzog am liebsten sofort versteigern lassen, um sie nicht ebenfalls durchfüttern zu müssen. Doch die Franzosen wehren sich dagegen. Die konfiszierten Waffen werden gemäss Vertrag erst dann zurückgegeben, wenn Frankreich sämtliche Kosten der Internierung beglichen hat. Bund und Kantone achten peinlich genau darauf: Die Endabrechnung beläuft sich auf 12 154 396 Franken und 90 Rappen – eine Riesensumme, wenn man bedenkt, dass der Bund Anfang 1871 insgesamt nur über knapp 8,5 Millionen Franken verfügt. Die Forschung geht indes davon aus, dass der Wert der privaten Zuwendungen die staatlichen Kosten für Verpflegung, Transport und Unterkunft der Bourbakis überstiegen haben dürfte.

Neutral, aber nützlich

Die berechnende Haltung des Kleinstaats mag nicht so recht passen zu dem, was man gerade mit Blick auf rührende Szenen im Panoramagemälde von Castres gerne mit der humanitären Tradition der Schweiz verbinden würde. Dazu passt aber, dass sich die offizielle Schweiz erst dann für die Arbeit des 1863 in Genf gegründeten Roten Kreuzes und ähnliche Initiativen wirklich zu interessieren beginnt, als sie sich einen aussenpolitischen Vorteil verspricht: Die Aufnahme ziviler Flüchtlinge aus dem bombardierten Strassburg im Herbst 1870, die Internierung der Bourbaki-Truppen im Winter 1871 ergeben Sinn, weil man sich nützlich machen kann – und von den Kriegsmächten daher besser verschont bleiben sollte. Die Genfer Historikerin Irène Hermann spricht hier von «neutralité utile aux autres». Ein schlaues Konzept, das die Schweiz auch in den beiden Weltkriegen praktizierte.

Die Bevölkerung im Fin de Siècle freilich hat anderes im Sinn. Sie will unterhalten werden! Und weil vielen Schweizern der Besuch der Bourbakis noch in lebhafter Erinnerung ist, gibt ein belgisches Unternehmen in Genf ein Rundgemälde in Auftrag: Castres und seine Equipe sollen die Massenszenen von Les Verrières in einem Panorama festhalten. Und nicht nur das: Unweit der Besucherplattform im Zentrum steht ein Bahnwagen aus Holz, der Waggon daneben ist gemalt. Vordergrund und Hintergrund gehen fliessend ineinander über – die Macher wollen die perfekte Illusion bieten.

Zehn Jahre nach Kriegsende wird das Panorama eröffnet. Das Publikum ist begeistert, die Bourbakis sind ein gutes Geschäft, zumindest in den ersten Jahren. Dann gehen die Einnahmen immer mehr zurück. Ein neuer Auftritt muss her: 1889 wird das Gemälde nach Luzern verfrachtet. Dort können sich Touristen und Einheimische zunächst für 1 Franken nach Les Verrières entführen lassen, später für 2. Ein stolzer Preis, zumindest für breitere Schichten. Es folgen Umnutzungen und diverse Krisen. Eine private Stiftung zur Rettung des Panoramas wird gegründet, heute steht das Museum dank Mantelnutzung solide da.

Kälte, Hunger, Krankheit. Mitgefühl, spontane Hilfe der Bäuerinnen, die den Fremden trotz bitterer Armut zu essen geben und erste Hilfe leisten. Es sind nicht die schlechtesten Botschaften, die das Bourbaki-Panorama bereithält. Gerade in einem reichen Land, das einst wenig hatte – und trotzdem teilte.

Das Rundgemälde im Bourbaki-Museum in Luzern hat den Einzug der Franzosen festgehalten. Es zeigt ein Bild des Elends.

Die Bevölkerung hilft, wo sie kann: Eine Einheimische verbindet einem französischen Soldaten den Fuss.

150 Jahre Bourbakis in der Schweiz

R. Sc. · 150 Jahre – eigentlich hätte das Jubiläum des Übertritts der französischen Ostarmee am 1. Februar gebührend gefeiert werden sollen. Doch das Coronavirus machte dem Bourbaki-Museum in Luzern einen Strich durch die Rechnung: Die Sonderausstellung «Über Grenzen» im Untergeschoss der Besucherplattform musste in den Frühling verschoben werden. Die Eröffnung ist für den 11. Mai vorgesehen. Im Sommer sollen sich der französische Botschafter in der Schweiz und der Präsident des Schweizerischen Roten Kreuzes die Ehre geben. Von Bund und Armee indes sind keine Gedenkveranstaltungen geplant, wie auf Anfrage in Bern zu erfahren war.

Ist das Thema Bourbaki-Übertritt überhaupt noch aktuell? Die Besucherzahlen des Jahres 2019 stimmen zuversichtlich: Damals verzeichnete das Museum knapp 38 000 Eintritte, 20 Prozent mehr als im Jahr davor. Sehr zu empfehlen ist die App, mit der man (historische) Figuren auf der Leinwand näher kennenlernen kann. Beliebt sind auch Führungen speziell für Kinder.

Der Deutsch-Französische Krieg trifft alle: Zivile Flüchtlinge aus dem Kampfgebiet wärmen sich in Les Verrières an einem Feuer.

Insgesamt 87 000 Mann suchen Zuflucht in der Schweiz. Sie werden von hiesigen Truppen sogleich entwaffnet. BILDER GABRIEL AMMON

Trotz roten Zahlen mehr AHV für Ehepaare?

Unerwarteter Entscheid der Ständeratskommission

FABIAN SCHÄFER

Pensionierte Ehepaare dürfen hoffen. Die Sozialkommission des Ständerats hat am Freitag überraschend entschieden, dass sie gegen das Phantom «Heiratsstrafe» vorgehen will. Die angebliche Strafe besteht darin, dass verheiratete Rentner heute höchstens das 1,5-Fache einer Maximalrente erhalten. Der Nachteil gegenüber ledigen Paaren kann bis zu 1195 Franken im Monat betragen. Nun will die Kommission das Maximum für Ehepaare von 1,5 auf 1,55 erhöhen. Schon dieser kleine Schritt würde die AHV 650 Millionen Franken im Jahr kosten (berechnet für das Stichjahr 2030). Die Renten der Ehepaare würden um bis zu 120 Franken im Monat steigen.

Stimmenthaltung der Linken

Bei Verheirateten scheint das heutige Regime ein grosses Ärgernis zu sein. Allerdings geht oft vergessen, dass Ehepaare in der AHV auch Vorteile haben, etwa in Form von Witwenrenten und Zuschlägen für Verwitwete. In der Gesamtbetrachtung sind die Vorzüge gewichtiger. Durch die Kürzung der Ehepaarrenten spart die AHV 2,8 Milliarden Franken im Jahr, die diversen Privilegien für Verheiratete kosten sie aber 3,2 Milliarden. Übrig bleibt ein «Heiratsbonus» von 400 Millionen Franken im Jahr.

Das hindert die Mitte, die vormalige CVP, nicht daran, das Thema emsig zu bewirtschaften. Ihre Vertreter waren es auch, die das Anliegen in der Ständeratskommission einbrachten. Dass sie damit durchkommen, war angesichts der miserablen finanziellen Perspektiven der AHV aber nicht zu erwarten. In der Kommission stimmten dem Vernehmen nach auch die zwei SVP-Vertreter für die Rentenerhöhung. Den Ausschlag gab jedoch die rot-grüne Delegation, indem sie sich der Stimme enthielt. Sie würde das Geld zwar lieber für die Frauen statt die Ehepaare einsetzen. Aber der SP und den Grünen fällt es schwer, einen Leistungsausbau in der AHV abzulehnen. Nein sagten die Freisinnigen. Wenn sich dieses Stimmverhalten fortsetzt, ist der AHV-Ausbau auch im Ständerat mehrheitsfähig. Die Debatte findet im März statt.

Ein Kernelement der Vorlage ist die Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 64 auf 65 Jahre. Umstritten ist vor allem, wie grosszügig die Frauen dafür entschädigt werden sollen. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission hat entschieden, dass nur die ersten sechs Jahrgänge, die nach der Reform pensioniert werden, von den geplanten Rentenverbesserungen profitieren sollen. Beim Bundesrat sind es neun Jahrgänge. Weitere Einsparungen für die AHV ergeben sich, weil der Vorbezug neu für alle erst ab 63 möglich sein soll. Trotzdem ist die finanzielle Bilanz ernüchternd: In der Variante der Kommission fällt die überfällige Entlastung der AHV kleiner aus als geplant, primär wegen der höheren Ehepaarrenten. Dadurch wächst unweigerlich der Druck bei der geplanten Finanzspritze für die AHV. Der Bundesrat will die Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte anheben, was die Konsumenten 2,5 Milliarden Franken im Jahr kostet. Die Bürgerlichen möchten zwar weniger weit gehen, die Mitte und die SVP setzen sich nun aber mit ihren Beschlüssen für die Ehepaare selber unter Zugzwang. Die Kommission entscheidet im Februar über die Steuererhöhung.

Kommissionspräsident Paul Rechsteiner (sp.) sagt, hinter den Beschlüssen stünden wechselnde Mehrheiten mit relativ vielen Enthaltungen – was zeigt, dass die Vorlage reichlich instabil ist. Bei den Ehepaaren erkenne die Mehrheit eine gravierende Benachteiligung. Aus Rechsteiners Sicht bringt dieser Vorschlag aber keine angemessene Kompensation für das höhere Rentenalter der Frauen. «Persönlich denke ich, dass es ein grösseres Abenteuer wäre, mit einer solchen Vorlage in eine Volksabstimmung zu gehen.» In der Tat zeigen die Reaktionen vom Freitag, dass die Linke die Vorlage als Affront gegenüber den Frauen anprangern wird.

Rein abstimmungstaktisch könnte sich die Grosszügigkeit gegenüber den Ehepaaren dennoch lohnen. Die Pensionierten sind nicht nur zahlreich, sondern stimmen auch fleissig ab. Und so, wie der Passus nun formuliert ist, würden vom Ausbau alle Ehepaare profitieren, auch diejenigen, die bereits pensioniert sind. Das war beim Reformversuch, der 2017 knapp gescheitert ist, noch anders.

Gegen Ausbau mit Giesskanne

Mitte-Ständerat Erich Ettlin betont aber, der Entscheid sei keinesfalls taktisch motiviert. «Viele betroffene Ehepaare nehmen die Kürzung der Renten als echte Ungerechtigkeit wahr, die wir nun wenigstens teilweise beheben wollen.» Die Mitte sei sich bewusst, dass dafür allenfalls die Mehrwertsteuer etwas stärker angehoben werden müsse, als dies ohnehin notwendig sei.

Kein Verständnis hat der FDP-Ständerat Damian Müller: «Ich würde lieber mehr Geld für die Frauen einsetzen, die vom höheren Rentenalter unmittelbar betroffen sind.» Er plädiert für fixe Rentenzuschläge, damit Frauen mit tieferen Einkommen anteilsmässig stärker profitieren. Zudem diene die Erhöhung des Ehepaar-Plafonds ausgerechnet den bessergestellten Paaren, da nur sie das Maximum erreichten. «Wir können uns keinen Leistungsausbau mit der Giesskanne leisten, sondern müssen die knappen Mittel dort einsetzen, wo sie wirklich nötig sind.»

Deutliche Mehrheit für Burka-Initiative

Linke sind dagegen, Bürgerliche mehrheitlich dafür

cn. · Wäre am 18. Januar abgestimmt worden, könnte sich das Egerkinger Komitee jetzt als Siegerin feiern lassen. Wie die am Freitagmorgen publizierte SRG-Trendumfrage ergeben hat, wollen 56 Prozent der befragten Stimmberechtigten der Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» mit einiger Sicherheit zuzustimmen. 40 Prozent wollen mit Nein stimmen, 4 Prozent sind unschlüssig oder haben die Frage offengelassen. Der Abstimmungstermin ist am 7. März. Auffällig sind laut Analyse des Forschungsinstituts GfS Bern, das die Befragung durchgeführt hat, eine scharfe Links-Rechts-Polarisierung sowie ein bereits weit fortgeschrittener Stand der Meinungsbildung. Sozialdemokraten und Grüne sind klar gegen die Initiative. Die Mitglieder von SVP, FDP und der Mitte sowie Parteiungebundene sind in der Mehrheit dafür, wobei die Meinungsbildung in der FDP noch nicht abgeschlossen ist. Die Bruchlinie verlaufe im Umfeld der GLP, hält der Bericht fest.

Auch die zweite Vorlage, das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID), ist noch nicht in trockenen Tüchern. Laut Umfrage will derzeit nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent dafür stimmen. Die Gegnerschaft kommt auf 37 Prozent. Ebenfalls nicht eindeutig ist die Stimmungslage derzeit bezüglich des Wirtschaftsabkommens mit Indonesien. Gemäss der Umfrage sind 51 Prozent dafür, 36 dagegen.